

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 7 7 / 2 0 2 3 / A N

Antragsteller: SPD (teilweise), LINKE, GAL
Antragsdatum: 30.06.2023

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Cannabis-Modellstadt Heidelberg

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 02. November 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	20.07.2023	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	19.09.2024	Ö		
Gemeinderat	17.10.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2023

Ergebnis: verwiesen in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit

Antrag Nr.: 0077/2023/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Gemeinsamer Antrag der SPD - Stadträt*innen Prof. Dr. Schuster, Michalski, Michelsburg, Emer, Illgner und Rochlitz, der Fraktion DIE LINKE sowie den Einzelstadträt*innen der GAL

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

30.06.2023

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Cannabis-Modellstadt Heidelberg

Die Verwaltung wird gebeten,

- Eine Bewerbung Heidelberg als „Cannabis-Modellstadt“ mit den folgenden Prämissen zu prüfen:
 - Grundlage ist das Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums zur kontrollierten Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene vom 24.04.
 - über zeitlich begrenzte, regionale Modellprojekte soll es Unternehmen erlaubt sein, die Produktion, den Vertrieb und die Abgabe in Fachgeschäften von Genusscannabis an Erwachsene in einem lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmen durchzuführen
 - Das Projekt ist auf Heidelberger Abgabestellen und Heidelberger Einwohner*innen ab 18 Jahren begrenzt.
 - Die Laufzeit des Projektes beträgt fünf Jahre ab Einrichtung der Lieferkette befristet

Begründung:

Die Kriminalisierung des Eigenkonsums von Cannabis im Stile des „war against drugs“ ist gescheitert. Mit dem Vorhaben einer schrittweisen Liberalisierung der Cannabis-Politik der Ampel-Koalition ist der richtige Weg eingeschlagen, um den Schwarzmarkt einzudämmen, eine ehrliche und effektive Präventionspolitik zu betreiben sowie die Justiz zu entlasten.

Mit dem Eckpunktepapier der Bundesregierung vom 12.04.2023 und dem Entwurf des neuen „Gesetz zur kontrollierten Abgabe von Cannabis“ (CannG) vom 28.04.2023 hat die Bundesregierung den Startschuss für eine legale, kontrollierte Abgabe von Cannabis zum Eigenkonsum gegeben.

Der vorgelegte Entwurf regelt die erste Säule des geplanten Zwei-Säulen-Modells der Cannabis-Liberalisierung und soll künftig den privaten und gemeinschaftlichen Eigenanbau von Cannabis in hierfür gegründeten Vereinen, den sogenannten „Cannabis Social Clubs“, erlauben. Diese Vereine können bis zu 500 Mitglieder ab 18 Jahren umfassen und dürfen an ihre 21-jährigen Mitglieder 25 Gramm Cannabis pro Tag und maximal 50 Gramm pro Monat beziehungsweise an ihre 18- bis 21-jährigen Mitglieder maximal 30 Gramm pro Monat mit einem THC-Gehalt von höchstens 10 % zum Eigenkonsum abgeben. Zudem können die Mitglieder pro Monat 7 Samen oder 5 Stecklinge für den Eigenanbau von ihrem Verein erhalten. Die Bundesregierung plant zudem, bisher wegen Cannabis-Besitzes vorbestrafte Menschen eine Streichung der betreffenden Vorstrafen aus dem Bundeszentralregister zu ermöglichen.

Mit der „2. Säule“ soll in ausgewählten Modellstädten auch die kommerzielle Abgabe an die breite Bevölkerung erprobt werden und die Auswirkung dieser kommerziellen Cannabis-Lieferketten auf den Gesundheits- und Jugendschutz sowie den Schwarzmarkt wissenschaftlich begleitet, untersucht und evaluiert werden.

Das Modellprojekt stellt die Chance für die Stadt Heidelberg dar, Vorreiterin zu sein und die Cannabis-Politik der Zukunft aktiv mitzugestalten. Insbesondere aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur ist Heidelberg dabei eine ideale Modellstadt, da die Liberalisierung vor allem ein Anliegen junger Menschen ist: knapp zwei Drittel der 18- bis 34-jährigen befürworten eine legale und regulierte Abgabe von Cannabis in Deutschland. Als jüngste Stadt Deutschlands, ist Heidelberg daher eine wertvolle Ergänzung des bisherigen Bewerber*innenfeldes, das mit Städten wie Köln, München, Frankfurt am Main und Offenbach keine derart studentisch geprägte Stadt wie Heidelberg aufweist.

Ein „Cannabis-Tourismus“ ist dabei nicht zu befürchten. Die Abgabe von Cannabis in den lizenzierten Modellgeschäften wird auf erwachsene Einwohner*innen der jeweiligen Modellstadt beschränkt sein. So können also nur Heidelberger*innen bei Heidelberger Abgabestellen Cannabis erwerben. Ein positiver Nebeneffekt könnte sein, dass mehr Menschen sich während ihres Aufenthalts in Heidelberg auch ummelden würden.

gezeichnet Stadträtinnen und Stadträte Prof. Dr. Schuster, Michalski, Michelsburg, Emer, Illgner und Rochlitz,
gezeichnet Fraktion DIE LINKE,
gezeichnet Einzelstadträtin und Einzelstadtrat der GAL